

Gold gab ich für Eisen. Dieser Aufruf stammt aus dem Ersten Weltkrieg und forderte die Bürger auf, Gold und Schmuck zur Kriegsfinanzierung zu spenden. Sie erhielten dafür wertlose Schmuckandenken. Auch wenn die Aktion freiwillig war, so wurde ein erheblicher sozialer Druck erzeugt, sich zu beteiligen. Die Soziale Kontrolle der Beteiligung war einfach: Wer den eisernen Schmuck trug, hatte sich als Patriot erwiesen, wer weiter Gold zeigte, verlor an Reputation.

Gold gab ich für Eisen. Der Kauf von Schuldtiteln durch die EZB erinnert an diese Tauschaktion im Ersten Weltkrieg. Ebenso sorgsam muss uns eine geplante Ausgabe von Eurobonds machen, die die Schulden einzelner Länder auf die Staatengemeinschaft überträgt, also nur eine Umfinanzierung und keine endgültige Lösung ist. So etwas sollten wir nicht unterstützen.

Wie geht es aber nun weiter mit der Finanzkrise, die nicht enden will? Diese Frage kann kaum jemand beantworten. Wir wollen uns daher auf das konzentrieren, was Grundlage ordentlichen Wirtschaftens ist. Wenn ein Haushalt dauerhaft mehr zur Wunschbefriedigung benötigt, als er einnimmt, kommt es auf kurz oder lang zur Überschuldung, Illiquidität und Krise. Der Umgang der Nazis und der Umgang der SED mit Geld sind Beispiele hemmungsloser Überschätzung der Möglichkeiten des Abschröpfens der Bürger. Und im Augenblick stehen auch die demokratisch geführten Länder vor dem Überschuldungsproblem. Die europäischen Länder unterscheiden sich bei diesem Desaster nicht im Grundsatz, sondern lediglich im Maß der Belastung und Handlungsfähigkeit. Und sie können und wollen das Problem nicht mit Krieg oder Insolvenz lösen, sondern müssen versuchen, durch strenge Haushaltsdisziplin und Leistungswillen der Bevölkerung herauszukommen.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln stellt die Verteilungsfrage: „Wer bezahlt, was längst ausgegeben wurde?“ Drei Phasen sind festzustellen:

1. In der ersten Phase wurden die beim Investmentbanking sehr erfindungsreichen Banken durch Vergemeinschaftung ihrer Verluste gerettet.
2. In der zweiten Phase wurde bewusst, dass das Verschuldungsniveau mancher Staaten nicht mehr zurückzuführen war, weswegen die Staatengemeinschaft zur Stabilisierung heran musste.
3. In der dritten Phase weiten sich die Zweifel an der Belastbarkeit staatlicher Haushalte auf Kernländer der Weltwirtschaft aus. Die Vertrauensreserven sind aufgebraucht, eine weitere Schuldenumverteilung funktioniert nicht mehr ausreichend.

Eine vierte Phase droht: Das bisherige Krisenmanagement, welches auf der Ausleihe von Vertrauen auf schwache Länder basierte, kommt an sein Ende. Die Krise droht auf das soziale System überzugreifen. Dazu machen die Forscher von Max-Planck folgende Anzeichen fest: steigende Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Auswanderung, Gewaltausbrüche usw.

Vor diesem Hintergrund muss man die Versuche der Regierungen sehen, die Krise zu bewältigen. Dabei haben sie die Refinanzierungskosten ihrer Schulden im Blick. In die Zinsen wird das Ausfallrisiko eingepreist. Je unsicherer der Kandidat, desto höher der Zins. Wenn einzelne Länder ausfallen, reagiert das Geldangebot mit Zinsaufschlägen. Und jede Zinserhöhung schlägt voll in die eigentlich zu konsolidierenden Haushalte durch und verschärft wiederum den Sparzwang.

Keine Lösung zur Haushaltssanierung sind weitere Ausgabenprogramme. Unter den Programmen infolge des 11. September leiden wir heute und haben uns nur scheinbar über Wasser gehalten.

Keine Lösung ist eine Weg-Inflationierung der Schulden, solange die laufenden Haushalte weiter defizitär sind. Und jede Vermögensentwertung entwertet die Altersversorgung des Kleinen Manns.

Keine Lösung ist meines Erachtens nach eine ‚geordnete Insolvenz‘. Man sollte die Urheber fragen, was sie hier unter ‚Ordnung‘ verstehen. Eine Ordnung bei der erzwungenen Abwicklung einer in heillose Unordnung geratenen Finanzlage zu propagieren, erscheint mir als unredliche Verdummung.

Und keine Lösung ist auch eine Vergemeinschaftung der Schulden, denn die Belastbarkeit der Haushalte der europäischen Länder ist bereits überschritten, wenn wir ehrlich sind. Daher sind auch Eurobonds keine wirkliche Lösung.

Als einziger vernünftiger Lösungsversuch bleibt, ohne Erfolgsgarantie, den Gürtel eng zu schnallen, Verzicht zu üben, Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, Schulden systematisch abzutragen und Vorsorgen zu treffen. UND DAS GEHT AUCH! Was in jedem privaten Haushalt geht, kann für die staatliche Gemeinschaft nicht falsch sein. Und wenn die Staaten ihre Ausgaben kürzen, bricht der Sozialstaat nicht zusammen. Nein, er erfährt vielmehr endlich wieder Vertrauen mit der Folge sinkender Risikoprämien an den Finanzmärkten, was wiederum die private Nachfrage anreizt. Also eine neokeynesianische Wirkung.

Nun sind unsere Gesellschaften ja auch nicht vermögenslos. Nur der Staatsapparat ist pleite. Auf der anderen Seite der volkswirtschaftlichen Rechnung bleiben die Nettovermögen der Privaten, ob Häuschen, Rentenansprüche oder Unternehmensbeteiligungen. Sie werden, wohl oder über, herangezogen werden müssen. In Griechenland wie in Italien – und auch in Deutschland.

Vieles andere muss ebenfalls neu geregelt werden: Echte Verschuldensverbote in die Verfassungen, Strafen für Nichteinhaltung, harte Bankenregulierung statt Basel III usw. usw.

Belehrungen dazu von der politisch extremen Seite brauchen wir sicher keine, deren Politik führte bei allen schönen Worten bislang immer in Krieg, Unterdrückung und Unfreiheit. Und das wollen wir nun wirklich nicht.